

N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Gesundheitsausschuss
am 18.11.2003
Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken, Besprechungsraum,
Ludwig-Erhard-Straße 100**

<u>Vorsitz</u> :	Stv. Kopp (SPD)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
<u>Beginn</u> : 17:07 Uhr	<u>Ende</u> : 18:02 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (Nr. DL 27/03)	(Drucksachenband 87)
Drucksachenlisten (Nr. DL 28/03)	(Drucksachenband 88)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung

0043 **Tagesordnung**

einstimmig

0044 **03-A-17-0002**

Wahl eines/r stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

einstimmig

0045 **03-F-02-0039**

Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofes
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 23.9.2003 -

Herr Strehlau-Schwoll (Geschäftsführer der HSK) führt aus, dass derzeit nach deutschem Arbeitsrecht die Bereitschaftszeit nur bei Inanspruchnahme auch Arbeitszeit sei. Nach dem Urteil des europäischen Gerichtshofes sei nach den Arbeitsschutzbedingungen Bereitschaftszeit auch Arbeitszeit. Dies gelte aber nur für die Anwesenheitsbereitschaft. Der Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes, das die Arbeitszeit enger als im EuGH-Urteil vorsieht, sei vom Bundesrat an den Vermittlungsausschuss verwiesen worden.

Die HSK versuche nun als Mitglied des kommunalen Arbeitgeberverbandes auf tariflicher Ebene die engen Grenzen des deutschen Arbeitszeitgesetzes auszuweiten. Auf jeden Fall käme es zu 2 Hauptproblemen: Einkommensverluste der Mitarbeiter, die deshalb in Bereiche wechselten, die nicht von der Arbeitszeitregelung betroffen seien um ihren Lebensstandard halten zu können und zusätzlichen Kosten für die Kliniken, die nicht durch die Krankenkassen refinanziert würden.

Für die HSK bedeute die Umsetzung des EuGH-Urteils ein Mehraufwand von ca. 1,8 Mio € durch die Einstellung von 25 neuen Ärzten. Dies seien 2 bis 3 % der bisherigen gesamten Personalkosten.

Die HSK sei auf jeden Fall auf die Umsetzung eines neuen Arbeitszeitgesetzes vorbereitet und versuche durch die Umgestaltung der Dienste in versetzte Dienste bzw. Schichtdienste eine Lösung zu finden.

einstimmig

0046 **03-F-03-0060**

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschuss am 18.11.2003

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Städtische Kliniken:

- weitere Entwicklung
- Schwerpunktsetzungen
- Kooperation mit den Nachbarkreisen

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 23.9.2003 -

***Herr Strehlau-Schwoll** berichtet, dass eine Kooperation von kommunalen Krankenhäusern beabsichtigt sei, um in der derzeitigen Konkurrenzsituation mit anderen Krankenhausträgern bestehen zu können. Derzeit gebe es bereits eine enge Zusammenarbeit mit Offenbach. Ferner bestehe ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Staatsbad Schlagenbad, bei dem die HSK ein Entgelt erhalte. Die HSK versuche Schwerpunkte auf bestimmte Bereiche zu legen und auch auszubauen (Rheumatologie im Standort Schlagenbad). Es sei auch daran gedacht Altenheime als ergänzende Einrichtungen mit einzubeziehen. Ziel der HSK sei es auf jeden Fall ein kommunales Krankenhaus zu 100 % in der Hand der Stadt zu sein.*

***Stv. Kopp** (SPD) fragt, ob es einen weiteren Bettenabbau gebe. Gerade in der Kinderklinik bestehe schon eine erhebliche Enge.*

***Herr Strehlau-Schwoll** bestätigt, dass die Zahl der Betten abgebaut worden sei, da die Verweildauer der Patienten abgenommen habe. Zur Zeit gebe es eine hohe Zahl von Zuweisungen von ausserhalb des Versorgungsgebietes. Der entsprechende Mehrbedarf könne durch die kurzfristige Erhöhung der Bettenzahl gedeckt werden.*

einstimmig

0047 **03-F-01-0042**

Auswirkungen der Kürzung von Landesmitteln für Initiativen, Vereine und Verbände
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 9.9.2003 -

einstimmig

0048 **03-F-01-0062**

Kombikarten für das Thermalbad

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.11.2003 -

abgelehnt mit Stimmen von CDU/FDP, gegen die Stimmen von SPD/GRÜNE

0049 **03-F-01-0063**

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschuss am 18.11.2003

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

"Tabakprävention vor Ort"
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.11.2003 -

einstimmig

0050 **03-F-03-0077**

Veröffentlichung der Trinkwasserwerte im Internet
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 12.11.2003 -
Der Ausschuss möge beschließen:

einstimmig

0051 03-V-05-0006

Einstellung der Arbeit des Psychosozialen Krisendienstes Wiesbaden zum 31.12.2003

einstimmig

0052 **03-V-82-0010**

Bestellung der Personalvertreter in der Kurbetriebskommission der Landeshauptstadt
Wiesbaden - gemäß § 6 (2), 3 Eigenbetriebsgesetz

einstimmig

0053 **Verschiedenes**

Anlagen

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschuss am 18.11.2003

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Wiesbaden, 02. Dezember 2003

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Kopp

Weinert